

# EINspruch zu den entLAUFENdEN Nachrichten

●●●HIER soll in Ergänzung zu den BLogbüchern EINspruch zu herausragenden oder nebensächlich erscheinenden im Informationschaos untergegangenen oder unterdrückten Ereignissen, Aktionen, AUSsprüchen angemeldet werden, die für sich selbst sprechen. Erneuter EINspruch ist und wird angebracht sein, sollten sich Meldungen nachträglich als Enten oder Propagandablase erweisen, die den ursprünglichen EINspruch in ein neues Licht rücken würden.●●●

★★

## EINspruch 20.09.2016

Dieser Tag ist kein symbolisches Datum, wie es der 16.07., der Tag des gescheiterten Putschs (auf Bestellung) in der Türkei oder der 15. Jahrestag von Nine/Eleven gewesen wären, die jeweils einen EINspruch verdient hätten. Heute ist, so fangen für gewöhnlich Kriminalromane oder -filme an, ‚ein ganz normaler Tag‘, der nur mir allein als ein solcher aufgefallen ist, und mich meine Zeitungslektüre unterbrechen und diesen EINspruch anmelden läßt – obwohl ein Stapel ungelesener Bücher abzuarbeiten wäre. *Hic Rhodos...*

Die FAZ hat heute ein Interview mit Gerhard Schröder aus ihrer Sonntagszeitung vom 18.09. abgedruckt und meldet, daß Schröder morgen den Ludwig-Erhard-Preis bekommt.<sup>1</sup> Zweifellos als Anerkennung dafür, daß er der Agenda 2010 – nicht zuletzt gegen die antikapitalistische Demagogie der gesamtdeutschen Linken, von der die SPD zerrissen zu werden drohte – zum Durchbruch verholfen hat.<sup>2</sup>

Diese Preisverleihung fällt in eine Zeit der nicht mehr enden wollenden Weltwirtschaftskrise, da die

---

1 FAZ 19.09.2016 Altkanzler im Interview. **Müssen Reformer Wahlen verlieren, Herr Schröder?**

2 Schröder in seiner Regierungserklärung vom 14.03.2003 im Bundestag: **»Deutschland hat ... mit einer Wachstumsschwäche zu kämpfen, die auch strukturelle Ursachen hat. Die Lohnnebenkosten haben eine Höhe erreicht, die für die Arbeitnehmer zu einer kaum noch tragbaren Belastung geworden ist und die auch auf der Arbeitgeberseite als Hindernis wirkt, mehr Beschäftigung zu schaffen. Investitionen und Ausgaben für Konsum sind drastisch zurückgegangen, übrigens nicht zuletzt, seit an den Börsen rund 700 Milliarden Euro buchstäblich vernichtet worden sind. In dieser Situation muß die Politik handeln, um Vertrauen wieder herzustellen.«** Schröder läßt in diesen Sätzen offen, ob die **»Lohnnebenkosten ... für die Arbeitnehmer ... zu einer Belastung«** geworden sind oder deren **»Höhe«**. Seine Spin-Doktoren werden ganz richtig erkannt haben, daß diese in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als ‚Personalzusatzkosten‘ zu Lasten **»der Arbeitgeberseite«** bilanziert werden, während ‚der Volksmund‘ die Abzüge der **»Arbeitnehmer«** korrekt als das Netto vom Brutto bezeichnet. Einer der Anführer der damaligen antikapitalistischen Fronde in der SPD, **Oskar Lafontaine**, übernimmt in seinem Buch *Politik für alle. Streitschrift für eine gerechte Gesellschaft*, Berlin 2005, 60, eben diese Passage aus Schröders Rede, ohne den darin geschickt versteckten Spin von Schröders Redenschreibern zu durchschauen, den er anstatt ihn zu entlarven, sozialdemagogisch noch weiter zuspitzt: **»Nun würde jeder, der noch normal denken kann, sagen, jetzt werden wir die Arbeitnehmer von Lohnnebenkosten [sic!] entlasten und alles unterlassen, was den Rückgang des Konsums weiter verschärft. Aber das Gegenteil wird gemacht. Die Arbeitnehmer werden von zwei Seiten in die Zange genommen. Sie müssen die Anteile der Lohnnebenkosten übernehmen, die die Unternehmer [was nicht der Fall ist!] nicht mehr zahlen wollen, und die Löhne werden nicht mehr erhöht, sondern gekürzt.«** Etikettenschwindel mal zwei! Ein von Schröder subtil betriebener und ein von Lafontaine gezielt erlogener, verschmelzen in einem ‚rot-roten‘ Scheingegensatz zu einem einzigen großen Betrug. Und was den Unterschied in der ihn begleitenden sozialen Demagogie betrifft, ist der minimal: zwischen Schröders Antiamerikanismus (die **»an den Börsen«** = also auch an der Wallstreet, verbrannten **»rund 700 Milliarden«**) und Lafontaines plattestem Ökonomismus (**»die Löhne werden gekürzt«**).

westdeutsche Bourgeoisie die von ihr erzielten Profite wegen der unterhalb der bisherigen Durchschnittsprofitrate zu erwartenden Profitrate lieber beim Glücksspiel an der Börse verzockt (bekanntlich ein Nullsummenspiel ohne Mehrwert und Produktivitätssteigerung), als ein höheres Wachstum des Kapitals anstreben zu wollen – mag die EZB die Kapitalzinsen so weit senken, wie sie will. Gepriesen wird mit dem Ludwig-Erhard-Preis<sup>3</sup> jener Schröder, der als Bundeskanzler (in einer sich zuspitzenden ‚revolutionären Situation‘), da alle Wege zur Erhöhung des absoluten Mehrwerts versperrt schienen, durch den von ihm bewiesenen Realismus verhindert hat, daß die (west)deutsche Wirtschaft den Bach runterging: das bedeutete, den Wildwuchs bei den ‚Arbeitskosten‘ durch Verlagerung des ‚Arbeitgeberanteils‘ an der Arbeitslosenhilfe als Sozialkosten auf den Bundeshaushalt, m.a. W. auf die Steuerzahler umzulegen, deren Masse (das ist die von Oskar Lafontaine nicht verstandene Ironie der Agenda 2010!) wiederum die Lohnempfänger ausmachen, und damit dem Kapital zumindest die Erhöhung des relativen Mehrwerts zu garantieren. Mit der Einführung der Agenda 2010 am 1. Januar 2005 war der Arbeitslose zum Fürsorgeobjekt des Staates geworden, von dessen Sorge um sein Wohlergehen er in der Schönen Neuen Sozialstaats-Welt willkommen geheißen wurde. Im Godesberger Programm der SPD waren die westdeutschen Arbeiter bereits von der *Arbeiterklasse* zum ‚Sozialpartner‘ des Kapitals geschrumpft worden; mit Schröders Hartz-Reformen hat die deutsche Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt im ‚Grundwiderspruch‘ von Lohnarbeit und Kapital ausgespielt. Aus diesem Gegensatz fällt der Arbeitslose nach einem Jahr Arbeitslosigkeit offiziell heraus und wird zum Sozialfall degradiert; die Arbeitslöhne der sich noch in Arbeit befindenden Wählerklientel der SPD (und darin bestand der Trick) blieben entgegen Oskar Lafontaines sozialdemagogischen Unkenrufen zunächst (einschließlich der von ihnen zu zahlenden Sozialabgaben) unangetastet. Die Arbeiterklasse hatte sich in eine vom Staat alimentierte Schicht des (neuen) Plebejers einerseits und in eine (nach der Leninschen Definition) klassische Arbeiteraristokratie andererseits gespalten.<sup>4</sup> Die

3 Der Preis geht zu gleichen Teilen an Schröder und den FAZ-Herausgeber Holger Stelzner. Die Laudatio hält der deutsche Finanzminister.

4 Vgl. Karl Marx in seinem Brief an die russische Zeitschrift „Otschestwennyje Sapiski“ MEW 19 (107-112),111: »An mehreren Stellen im „Kapital“ spiele ich auf das Schicksal an, das die Plebejer des alten Roms ereilte. Das waren ursprünglich freie Bauern, die, jeder auf eigne Rechnung, ihr eigenes Stück Land bebauten. Im Verlauf der römischen Geschichte wurden sie expropriert. Die gleiche Entwicklung, die sie von ihren Produktions- und Subsistenzmitteln trennte, schloß nicht nur die Bildung des Großgrundbesitzes, sondern auch die großer Geldkapitalien ein. So gab es eines schönen Tages auf der einen Seite freie Menschen, die von allem, außer ihrer Arbeitskraft, entblößt waren, und auf der andern, zur Ausbeutung dieser Arbeit, die Besitzer all der erworbenen Reichtümer. Was geschah? Die römischen Proletarier wurden nicht Lohnarbeiter, sondern ein faulenzender *Mob*, noch verächtlicher als die sog. »poor whites« der Südstaaten der Vereinigten Staaten, und an ihrer Seite entwickelte sich keine kapitalistische, sondern eine auf Sklavenarbeit beruhende Produktionsweise. Ereignisse von einer schlagenden Analogie, die sich aber in

„Plebejer proben den Aufstand“ – aber als revolutionäre Farce!<sup>5</sup> Schröders Coup (ohne Frage zur Entlastung »der Arbeitgeberseite«, die dadurch in die Lage versetzt werden sollte, »mehr Beschäftigung zu schaffen«), hat ihm die ewige Feindschaft der sich (in „proletarischer“ Pose) an der untergegangenen DDR orientierenden ökonomistischen linken Kleingeister in Partei und Gewerkschaft eingetragen, die er frohen Herzens zur WASG (der Keimform der sich Richtung Westen ausbreitenden post-SED) ziehen lassen konnte – weil ihm dieser Coup zugleich die Chance eröffnete, vor der „neuen sozialen Bewegung“ (freudig) das Handtuch werfen und noch während seiner Amtszeit als Bundeskanzler seinen Übergang zum Lobbyisten als Vorsitzender des *Aktionärsausschusses der Nord Stream AG* in die Wege leiten zu können.

Marx hat Anfang der 50er Jahre des 19. Jahrhunderts in *Die Klassenkämpfe in Frankreich* die französische Arbeiterklasse darauf aufmerksam gemacht, daß die proletarische Revolution nur in Ländern mit einer entwickelten industriellen Bourgeoisie Sinn macht und das auch nur dann, wenn die Proletarier ihre verengte Sichtweise auf den „Sozialismus in einem Land“ überwinden.<sup>6</sup> Wenn diese Überlegungen immer noch Gültigkeit haben (wovon ich ausgehe), dann beruht die Stamokap-

---

**einem unterschiedlichen historischen Milieu abspielten, führten also zu ganz verschiedenen Ergebnissen.**« So auch in diesem Fall. Das moderne Plebejertum hat mit seinem römischen Vorläufer zwar gemein, daß es ebenfalls von seinen »Produktions- und Subsistenzmitteln« getrennt ist, in diesem Fall aber nicht als ehemals freier Bauer, der sein eigenes Stück Land auf eigene Rechnung bebaut hatte, sondern als Lohnarbeiter, dessen Existenz von vornherein auf der Trennung von den eigenen »Produktions- und Subsistenzmitteln« beruht und der infolge der Wirtschaftskrise vom Kapital ausgemustert und zum faulenzenden Mob degradiert wird; als welcher er den in die Metropolen drängenden kolonialen Mob als seinen Hauptkonkurrenten bei der Inanspruchnahme seiner Versorgung mit der staatlichen „Getreidespende“ betrachtet.

- 5 Es ist bezeichnend, daß Günter Grass in seinem gleichnamigen Theaterstück den Aufstand der Arbeiter von der Stalinallee und aus den Borsigwerken am 17. Juni 1953 im Stil der SED-Propaganda, wenn auch nicht ganz so platt, zur Farce erklären muß; das liegt vor allem daran, weil er zwischen politischen und sozialen Revolutionen keinen Unterschied macht und ihm, anders als Brecht, daher auch verborgen bleibt, daß in einer konterrevolutionär gewordenen proletarischen Revolution, um die Konterrevolution zu besiegen, die soziale in der politischen Revolution aufgehen muß, und nicht umgekehrt. In Brechts berühmtem Gedicht, in dem es heißt, daß die Partei der Arbeiterklasse zur Lösung der Probleme, die sie mit dieser hat, sich einfach ein anderes Volk suchen soll, ist zwar dieser Schwerpunkt im Widerspruch zwischen politischer und sozialer Revolution falsch gesetzt, aber zumindest noch vorhanden. Anders als der römische Plebs könnten die heutigen Plebejer, wenn dieses Mißverhältnis gerade gerückt würde, unter bestimmten Voraussetzungen, zu denen die richtige Bestimmung der Beziehung zwischen der sozialen und der politischen Revolution als notwendig zu lösender Widerspruch gehört, durchaus wieder Teil der proletarischen Revolution werden.
- 6 **Karl Marx: *Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850* MEW 7 (11-107), 19,20: »Wie die Arbeiter glaubten, neben der Bourgeoisie sich emanzipieren, so meinten sie, neben den übrigen Bourgeoisnationen innerhalb der nationalen Wände Frankreichs eine proletarische Revolution vollziehen zu können. Aber die französischen Produktionsverhältnisse sind bedingt durch den auswärtigen Handel Frankreichs, durch seine Stellung auf dem Weltmarkt und die Gesetze desselben; wie sollte Frankreich sie brechen ohne einen europäischen Revolutionskrieg, der auf den Despoten des Weltmarkts, England, zurückschläge? ... Die industrielle Bourgeoisie« kann nach Marx aber »nur da herrschen, wo die moderne Industrie alle Eigentumsverhältnisse sich gemäß gestaltet, und nur da kann die Industrie diese Gewalt gewinnen, wo sie den Weltmarkt erobert hat, denn die nationalen Grenzen genügen ihrer Entwicklung nicht.«**

Theorie, mit der Schröder seine revolutionären Jugendsünden<sup>7</sup> einst theoretisch untermauert hat, auf eben jener einseitigen Orientierung, vor der Marx die revolutionäre französische Arbeiterklasse gewarnt hat und erweist sich als wortwörtliche Umsetzung der Stalinschen These vom ‚Sozialismus in einem Land‘.<sup>8</sup>

Auf dieser theoretischen Grundlage konnten die Interessen des Kapitals mit denjenigen der westdeutschen Arbeiterklasse problemlos vereinbart und (das ist die Ironie der Geschichte) die ökonomistische Kleingeisterei der SED-Anhängerschaft innerhalb der SPD kleingehalten werden. In den Köpfen der ‚westdeutschen Arbeiterklasse‘ wurde Schröders ‚Sozialismus in einem Land‘ zur gemeinsamen Kampfansage von Lohnarbeit *und* Kapital an die ausländische Konkurrenz auf dem Weltmarkt unter Führung ‚der Amerikaner‘. Schröder hat mit *seinem* ‚Sozialismus in einem Land‘ der ‚westdeutschen Bourgeoisie‘ einen großen Dienst erwiesen, den sie mit der Verleihung des Ludwig-Erhard-Preises nachträglich zu würdigen weiß...

Alles das war *Stamokap*...! Ich krame in meiner Erinnerung und dann aus den verstaubten Tiefen meines Bücherschranks ein Bändchen aus jener Zeit hervor, als die *Stamokap*-Theorie Anfang der 70er Jahre Konjunktur hatte.<sup>9</sup> Es fällt mir nachträglich auf, daß die Formel vom ‚Sozialismus in einem Land‘ hier eine doppelte Bedeutung hatte, je nachdem, ob auf dem *Sozialismus* oder *in einem Land* die Betonung liegt (wobei das eine, der Sozialismus, das andere entweder ein- oder ausschloß). Die *Stamokap*-Anhänger waren der festen Überzeugung, daß sich die Sache mit dem *einen Land* durch den in beiden Teilen Deutschlands zu errichtenden (stärker oder schwächer

---

7 Schröder im FAS-Interview: »Auch wenn ich zugeben muß: Ich selbst war als Juso in den 1960er Jahren noch mit der Planung der Revolution beschäftigt«.

8 Die These vom ‚Sozialismus in einem Land‘ wurde erstmals 1924 von Stalin in die Debatte geworfen und Ende der 20er Jahre nach dem Sieg über seine Hauptgegner innerhalb der KPdSU(B) politisch in die Praxis umgesetzt. Sie besagt nach Isaak Deutscher: *Stalin. Eine politische Biographie* Bd. I, Berlin 1979, 306,320, »daß Rußland für sich allein in der Lage sei, eine durch und durch organisierte sozialistische Wirtschaft aufzubauen. ... Stalin wies auf die großen Möglichkeiten Rußlands hin, auf seinen unbeschränkten Raum und auf seine Bodenschätze. Wenn eine proletarische Regierung die Industrie und den Kredit kontrolliere und die natürlichen Reserven des Landes entwickle, dann müsse sie auch den sozialistischen Bau fertigstellen können.« In: Stalins Referat vor einer Moskauer Parteiorganisation vom 09.05.1925 in Helmut Altrichter: *Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod*, Bd. I München 1986, 86, heißt es explizit: »Wer nicht an den Oktober glaubt, der kann auch die Möglichkeit des Sieges des Sozialismus unter den Verhältnissen der kapitalistischen Umkreisung nicht anerkennen. Es besteht ein enger und unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem Unglauben an den Oktober und der Nichtanerkennung der sozialistischen Möglichkeiten in unserem Lande...«

9 Freimut Duve (Hg.): *Der Thesenstreit um „Stamokap“*. Die Dokumente zur Grundsatzdiskussion der Jungsozialisten, Hamburg 1973.

‚stalinistisch‘ ausgeprägten) *Sozialismus* ganz von selbst erledigen werde.<sup>10</sup> (Für die heutige marxistische Linke hat sich die Herstellung der staatlichen Einheit 1989 *in einem Land* vor dem Erreichen des *Sozialismus* als ‚historische Katastrophe‘ erwiesen, deren Auswirkungen sie durch Rückgriffe auf die verstaubte Programmatik der Juso-Linken zu minimieren sucht.) Ob aber der *Sozialismus*, der hatte kommen sollen, eher einer im Stil Schröders oder Honeckers geworden wäre, wurde angesichts des Staatsbankrotts der DDR und nachdem diesem die Einheit beider deutscher Staaten *in einem Land* zuvorgekommen war, weder vom ‚deutschen Volk‘, noch von der ‚deutschen Arbeiterklasse‘, sondern von den Vier Siegermächten entschieden. ‚*Wir sind das Volk*‘ war eher Begleitmusik als der berühmte Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte. Durchgesetzt hat sich als Blaupause für den gesamtdeutschen Kapitalismus seitdem der ‚demokratische *Sozialismus*‘ Schröders und der *Stamokap* der Juso-Linken, gleichgültig, ob in der Regierung die christdemokratische *Einheit* oder der sozialdemokratische *Sozialismus* dominiert. In der Quersumme ergab sich daraus der christlich-sozialdemokratische *Sozialismus in diesem einen Land*.

In dem FAS-Interview gibt Schröder den *elder statesman*, der sich die Freiheit nimmt, gewisse schlichte Erkenntnisse auszusprechen, um die die um ihre Wählerstimmen besorgten Politiker und Parteigenossen lieber einen großen Bogen machen. Bei der Abgaskomödie, die gegenwärtig um den Stamokap-Betrieb VW aufgeführt wird, kann er sich zu Recht nicht des Eindrucks erwehren, **»daß Strafzahlungen für Fehlverhalten, etwa bei Siemens oder aktuell bei Bosch und VW, eher das Ziel haben, die deutsche Industrie in einem internationalen Konkurrenzkampf zu schädigen«**.<sup>11</sup> Gut gebrüllt Löwe! Das stimmt! – aber leider nur zur Hälfte, da dieser **»internationale Konkurrenzkampf«** die originalgetreue Umsetzung der *beggar-thy-neighbor-*

10 So heißt es in dem in *Der Thesenstreit...*, 71, abgedruckten „Hamburger Strategiepapier“, das mit **»Der Weg zur Demokratie«** überschrieben ist: **»Da die sozialistische Demokratie in der BRD nur durch eine ständig größer werdende und aktivere Teilnahme aller Teile der arbeitenden Bevölkerung an der Planung, Leitung und Kontrolle der Gesellschaft auf allen Gebieten und auf allen Ebenen erreicht werden kann – d.h. durch das aktive Eintreten der Mehrheit der Bevölkerung für den Sozialismus – wird der Sozialismus für die BRD eine beispiellose Entfaltung der Demokratie und somit das Gegenteil eines totalitären Staates darstellen.«** Dieses **»Gegenteil«** wird nicht näher erläutert. In dem einleitenden Kommentar zu diesem Dokument wird lediglich der Behauptung entgegengetreten, die Einbeziehung der ‚Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus‘ in die Programmatik der Jungsozialisten würde zwangsläufig **»die Übernahme der politischen Strategie der DKP«** zur Folge haben. Bei der Erforschung des heutigen Gesellschaftssystems der BRD habe es entgegen dieser Behauptung weder **»eine kritiklose Übernahme von Thesen der DKP«** noch eine Einengung der Theoriebildung darauf, **»was die DKP noch nicht gesagt hat«**, gegeben. Die mit vielen anderen marxistischen und nichtmarxistischen Theoretikern geteilte Einschätzung der Juso-Linken, **»daß es seit der Weltwirtschaftskrise zu einer umfassenden und systematischen Einbeziehung des Staatsapparats in den kapitalistischen Produktionsprozeß gekommen«** sei, stehe **»nicht nur im Mittelpunkt einer Reihe von Arbeiten aus der DDR, sie findet sich ebenfalls bei westeuropäischen kommunistischen wie sozialistischen Marxisten wieder«**. Ein einleuchtendes Argument!

11 Siehe Fn. 1.

Politik aus den 30er Jahren ist, bei der im Mahlstrom der Weltwirtschaftskrise jeder den neben ihm Wasser tretenden Weltmarktkonkurrenten zu seiner eigenen Rettung unter die Wasserlinie zu drücken versucht. Schröders Verteidigung der Interessenlage des *deutschen* Kapitals unterscheidet sich bestenfalls wegen der darin angestimmten nüchterneren Tonart von der antikapitalistischen Demagogie der ‚westlichen‘ Linken, die ihren für dumm verkauften Wählern und Anhängern einzureden versucht, es gäbe einen besseren (Rußland und China) und einen schlechteren Kapitalismus („der Westen“), und deshalb säßen in der EU die guten Kapitalisten im Süden und die bösen im Norden, die allerbösesten (selbstverständlich!) in der Mitte Europas. Schröders Rettungsversuch für das deutsche Kapital scheint sich einer derart schlichten linken Demagogie zunächst nicht bedienen zu müssen. Dann aber zeigt sich, daß auch er mit seinen linken SPD-Genossen, den SPD-Wirtschaftsminister eingeschlossen, die These vom angeblich qualitativen Unterschied zwischen CETA und TTIP teilt, womit er sich Der Linken, den linken Grünen und der SPD-Linken annähert, die die Illusion verbreiten, daß Staaten, deren kapitalistische ‚Geschäftspartner‘ sich wechselseitig über die Senkung ihrer Zollschranken zu Lasten Dritter einigen wollen, sich in ‚*kapitalistische*‘ und ‚*antikapitalistische*‘ einteilen ließen.<sup>12</sup>

Wollte man die antikapitalistische Demagogie der gesamtdeutschen Linken wörtlich nehmen, lägen die ‚sozialistischen‘ Knebelverträge der Sowjetunion mit den damaligen Comecon-Staaten als Warnhinweis wesentlich näher. Aber auf diesen Vergleich verzichtet sie lieber. Zumal bei einer Ablehnung von TTIP (und der Einigung über ein zahnlos gewordenes CETA-Abkommen) der linke und rechte Antiamerikanismus sich wie immer in der Mitte („wo man Wahlen gewinnt“) treffen werden. Soweit reicht Schröders Realismus dann doch nicht, daß er die fragwürdigen Berührungspunkte zwischen der Rechten und der Linken (siehe Gabriels Besuch im letzten Winter bei einer Pegida-Versammlung) vermeidet: »**Mit Kanadiern verhandelt man auf Augenhöhe, mit**

---

12 Gegen den ‚freihändlerischen‘ Marx hat die gesamtdeutsche Linke alle Mühe, ihren anti-‘westlichen‘ Antikapitalismus aufrechtzuerhalten. Marx stellt in seinem Redemanuskript für den internationalen Kongreß im September 1847 in Brüssel über die Auswirkungen des Freihandels auf die Lage der Arbeiterklasse die dort versammelten Ökonomen vor die Wahl: »**Entweder muß man die gesamte Ökonomie, wie sie gegenwärtig besteht, ablehnen, oder man muß zulassen, daß unter der Handelsfreiheit die ganze Schärfe der Gesetze der politischen Ökonomie gegen die arbeitende Klasse angewandt wird. Bedeutet das, daß wir gegen den Freihandel sind? Nein, wir sind für den Freihandel, weil durch den Freihandel alle ökonomischen Gesetze mit ihren höchst verblüffenden Widersprüchen in einem größeren Maßstab und auf größerem Gebiet, auf der ganzen Erde wirksam werden, und weil aus der Vereinigung aller dieser Widersprüche zu einer Gruppe sich unmittelbar gegenüberstehender Widersprüche der Kampf hervorgehen wird, der mit der Emanzipation des Proletariats endet.**« (Marx kam aus angeblichen Tagesordnungsgründen nicht mehr zu Wort; Teile seines Manuskripts wurden nachträglich veröffentlicht.) In **Friedrich Engels: *Der Freihandelskongreß in Brüssel*** MEW 4 (299-308) **Rede des Herrn Dr. Marx über die Frage des Freihandels**, 308.

**den Vereinigten Staaten ist das nicht sichergestellt.«<sup>13</sup>**

Was heißt »auf Augenhöhe«? Kanada und die EU sind nun mal, anders als (heute noch) die USA, keine ‚Weltmarktführer‘; ein Rangunterschied, auf den die USA großen Wert legen und gleichzeitig akzeptieren müssen, daß ‚die Europäer‘ die fehlende »Augenhöhe« durch die Übernahme der Argumente der TTIP-Gegner kompensieren werden, die sie als zusätzliche Verhandlungs-Chips mit in die Waagschale legen werden. Auch ganz egal, ob sie damit den rechten und linken Antiamerikanismus, den ‚America-First‘-Trumpismus oder die antikapitalistische Sozialdemagogie der ‚westlichen‘ Linken mit ihrem Wunsch-Kandidaten Bernie Sanders bedienen. Und schließlich auch, daß ‚die Europäer‘ dabei den Ausstieg der USA aus den TTIP-Verhandlungen provozieren werden, sollte die Obama-Administration, nicht ihre wichtigsten Trümpfe für das US-Kapital durchbekommen. Ein gefährliches Spiel! Ob dieser Trump am Ende nur eine Lusche war (Schröder spielt laut Interview Skat und nicht Schach), wird sich spätestens Ende des Jahres zeigen. Dann wäre nach einem Wahlsieg des Putin-Verehrsers Trump und der Blockade der Freihandelsabkommen durch eine antiamerikanische Einheitsfront von Rechts bis Links das ‚westliche‘ Europa von seinen transatlantischen Verbindungen »auf Augenhöhe« abgeschnitten (Mother England wieder einmal ausgenommen, die nach dem Brexit zu ihrer *special relationship* zu den USA zurückkehren wird). In dem sich daraus ergebenden *worst case scenario* müßte sich die EU auf den Spuren Marco Polos wiederum auf die Seidenstraße begeben, wo sie nur *ein* einziges chinesisch-russisches Entgegenkommen zu erwarten hat: plattgewalzt zu werden.

Hieran zeigen sich sowohl die Grenzen des Schröderschen Realismus als auch der bereits in der *Stamokap*-Theorie versteckte Pferdefuß sozialdemokratischer Außen- und Wirtschaftspolitik, deren Hauptanliegen schon immer war, zwischen der westdeutschen Bourgeoisie und ‚dem Osten‘ unabhängig von der gerade bestehenden Weltlage erträgliche und einträgliche Wirtschaftsbeziehungen herzustellen. Das klappte auch sehr gut, solange der US-Hegemon allein den Weltmarkt beherrscht hat und der großrussische Sozialimperialismus sich zumindest in Europa mit dem Comecon zufriedengab. (Ein anderes Thema ist die imperialistische Konkurrenz der USA und der Sowjetunion in der damaligen sog. Dritten Welt.) Es entspricht auch voll und ganz dieser hegemonistischen Logik, daß aus dem Freund der Arbeiterklasse Gerhard Schröder nach seiner Abwahl als Bundeskanzler im Jahre 2005 der Vorsitzende des *Aktionärsausschusses der Nord*

---

13 Siehe Fn. 1.

*Stream AG* geworden ist, der in seiner Person eine ideale Verbindung zwischen (west)deutschem *Stamokap* und russischem Oligarchen-Kapitalismus eingegangen ist. Auch darin hat er der (gesamt)deutschen Bourgeoisie einen großen Dienst erwiesen.

Es haben sich schon häufig berühmte Deutsche in die Dienste der russischen Zaren begeben wie Stein, Arndt oder Clausewitz Anfang des 19. Jahrhunderts. Wenngleich zu jener Zeit eher gezwungenermaßen, weil unter der napoleonischen Besetzung Preußens Leuten wie Stein die Fortsetzung ihrer Tätigkeit im preußischen Staatsdienst von Napoleon untersagt worden war. (Ganz abgesehen davon herrschte unter dem Adel Europas so eine Art aristokratischer Internationalismus, bei dem es kaum eine Rolle spielte, aus welchem Land die Staatsdiener an den europäischen Höfen stammten.) Auf eine vergleichbare Zwangssituation kann sich Gerhard Schröder nicht berufen. Es sei denn, wir wollten, den politischen Standpunkt rechter und linker Putinisten einnehmend, behaupten, weil das ‚westliche‘ Europa unter US-amerikanischer Kuratel stehe, habe sich Schröder in die Dienste von ‚Zar Putin‘ begeben müssen. Seit der Annexion von Teilen Georgiens (2006) und der Krim (2014) und dem offenen militärischen Eintritt Rußlands in den sog. syrischen Bürgerkrieg (2015) hat die Fragwürdigkeit des Schröderschen Lobbyismus und der deutschen ‚Ostpolitik‘ insgesamt für das ‚westliche‘ Europa einen politisch und militärisch zunehmend selbstmörderischen Charakter angenommen.

Inzwischen ist es auch beim allerletzten Kommentator innerhalb der deutschen Presselandschaft angekommen, daß ‚der Flüchtlingsstrom‘, der sich seit letztem Herbst über das ‚westliche‘ Europa ‚ergießt‘, irgendetwas mit der von Assad und Putin unter Mithilfe des Iran und des Islamischen Staats in Syrien durchgeführten systematischen ethnischen Säuberung zu tun haben muß und daß die ‚Flutung‘ Europas mit ethnisch gesäuberten nahöstlichen Flüchtlingen in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der schrittweisen militärischen Rückeroberung von Teilen des früheren großrussischen Imperiums stehen muß. Und daß dieses ‚Flüchtlingsdrama‘ wiederum (das wäre der nächste Erkenntnisschritt) auf das üble Spiel verweist, in das Putin mit China im Rücken und dem Iran an seiner Seite das ‚westliche‘ Europa (je primitiver desto wirkungsvoller) zunehmend verwickelt hat, deren Politiker von einer politischen und moralischen Niederlage zur nächsten taumeln. Noch ist es nur das SED-Blättchen *junge Welt*, in dem der Moskau-Korrespondent der FAZ übel dafür abgewatscht wird, daß er es gewagt hat, die lange Schleimspur, die der deutsche



Wirtschaftsminister auf seinem Weg in den Kreml hinterlassen hat, zurückzuverfolgen.<sup>14</sup> Könnte dann nicht auch über kurz oder lang, wenn man eins und eins zusammenzählt, der (von Assad gegen die Arabische Revolution in Syrien inszenierte) ‚syrische Bürgerkrieg‘ die passende Blaupause für einen echten Bürgerkrieg im ‚westlichen‘ Europa abgeben? Wofür die Scharmützel zwischen rechten und linken Putinfreunden anlässlich der sog. Flüchtlingskrise einen ersten Vorgeschmack geliefert haben, nach dem Motto: Deutschland einig Bürgerkriegsland?

»Es geht nicht darum«, wie Schröder den FAS-Lesern jovial zusichert, **»daß man keine Kritik äußern darf. Mir geht es darum, daß klar wird, daß wir ohne Rußland keinen internationalen Konflikt lösen können«** (obwohl ‚wir‘ mit Rußland ständig von einem **»internationalen Konflikt«** in den nächsten getrieben werden) **»und daß es ohne die Zusammenarbeit mit Rußland auch keine Sicherheit und Stabilität auf unserem Kontinent geben wird«**,<sup>15</sup> (obwohl Putin *durch* ‚unsere‘ **»Zusammenarbeit mit Rußland«**, bisher ähnlich wie Hitler in den 30er Jahren, keineswegs dazu bewegt werden konnte, auch nur einen Millimeter der von ihm

---

14 junge Welt 24./25.09.2016 Der Schwarze Kanal. **Aus den Unterlagen**; FAZ 21.09.2016 **Deutsch-russisches Defilee**. Eine Passage aus den Leitartikel des Moskau-Korrespondenten der FAZ, Friedrich Schmidt, hat den ständigen Autor des Schwarzen Kanals, Arnold Schölzel derart in Rage gebracht, daß er diese über eine ganze Spaltenlänge in der jW zitiert und in seinem Kommentar den stärksten Tobak früherer SED-Propaganda auffährt, indem er Schmidt unterstellt, daß sein ironischer Hinweis auf das Defilee westlicher Putin-Freunde vor dem Kreml-Herrscher **»wie frisch aus einem Dossier von BND, Verfassungsschutz oder einer anderen Nachfolgeorganisation des Reichssicherheitshauptamtes«** daherkomme. Ob sich die genannten Hauptverwalter Innerer Sicherheit auf das Schreiben-Lassen von Leitartikeln beschränken oder beschränkt haben, bleibe dahingestellt. Das Einbringen eines derart starken Tobaks könnte aber seinerseits ein Indiz dafür sein, daß diese Entgegnung im Schwarzen Kanal auf die Bestellung der Hauptverwalter der Äußeren Sicherheit in Moskau zurückgeht, wodurch sich die jW endgültig zu einem Werkzeug der russischer Troll-Industrie selbst degradiert hätte. Deshalb sei die inkriminierte Passage, die Schölzel so genervt hat, hier in ihrer ganzen Länge wiedergegeben: **»Besuche deutscher Politiker in Rußland folgen einem einfachen Schema: Man spricht von Dialog in schwerer Zeit, Gesprächsfäden, die nicht abreißen sollen, von gemeinsamen Interessen. Dann läßt man sich als Botschafter des guten Willens loben. Die Besucher stärken damit Präsident Putin, der sich mit dem Westen einen mal mehr, mal weniger verdeckten Krieg an vielen Fronten liefert. Tausenden Toten in der Ukraine, Streubomben gegen syrische Krankenhäuser und Hacker-Angriffen zum Trotz folgt bei Treffen der Besucher aus Berlin oder Bayern mit Putin und dessen Regierungspersonal meist Bückling auf Diener. So schwächen sie das demokratische System noch zusätzlich, das von Putin schon genug bedroht wird.«** Ob die Interessenvertreter des deutschen Kapitals mit ihren Moskau-Besuchen **»das demokratische System ... zusätzlich ... schwächen«**, würde allerdings voraussetzen, daß das deutsche Kapital dieses im Zweifelsfall auch tatsächlich verteidigen würde. Dagegen lassen sich erfahrungsgesättigte Zweifel erheben. Das war es auch eher nicht, was Herrn Schölzel zu seinen ‚anti‘-faschistischen Haßtiraden gegen den Moskau-Korrespondenten der FAZ animiert haben wird, sondern wohl vielmehr die Erwähnung der **»Streubomben gegen syrische Krankenhäuser«**. Für einen westlichen Journalisten in Moskau, der sich von den dort zuständigen Institutionen nicht hat kaufen lassen, bedarf es wahrscheinlich keines besonders empfindliches Sensoriums, um hinter den von den russischen Massenmedien ausströmenden Halbwahrheiten und Lügen den völkermörderischen Charakter der russischen Syrien-Politik zu erkennen. Nur Herr Schölzel meint darin nichts als antirussische Denunziationen zu erblicken, wie sie sich in früheren Zeiten gegen die Sowjetunion gerichtet haben.

15 Siehe Fn. 1; dies gilt auch für die nachfolgenden Zitate aus dem Schröder-Interview.

‚zurück‘ eroberten ‚heimatlichen Erde‘ an deren bisherige Besitzer, in diesem Fall Georgien und die Ukraine, zurückzugeben). Schröder hat die ‚westliche‘ Forderung nach vollständiger Einhaltung des Minsker Abkommens, dessen Erfüllung als Voraussetzung für die schrittweise Zurücknahme der westlichen Sanktionen gegen Rußland einen offenen Krieg an der russisch-ukrainischen Grenze hatte verhindern sollen und das eine schrittweise Truppenentflechtung auf beiden Seiten sowie die begrenzte Autonomie des Donbass innerhalb der Ukraine vorsah, längst aufgegeben und empfiehlt statt dessen die Anpassung ‚unserer‘ Politik an die Putinsche Salami-Taktik, d.h. er will das Minsker Abkommen, das mehr sein wollte als eine reine Waffenstillstandsvereinbarung durch eben eine solche nach dem Prinzip *tit for tat* ersetzen: **»Wenn es erste Fortschritte gibt, dann sollten die Sanktionen gelockert werden.«** Diese Verhandlungen der ‚Europäer‘ **»auf Augenhöhe«** werden dadurch zu Beziehungen zwischen dem Aggressor und dem Opfer der Aggression, dessen Hilflosigkeit durch die rhetorische Frage Schröders zusätzlich verhöhnt wird: **»Glaubt jemand ernsthaft, daß man im Donbass mit einer von Kiew abhängigen Polizei [sic!!!] für Sicherheit sorgen könnte?«** Nein, das glaube ich auch nicht! Denn solange Putins lumpenproletarische Geheimdienst-Mafia dort unter dem Schutz der russischen Armee ihre freundlich-terroristische Herrschaft aufrechterhält, muß die Forderung nach Ausübung der ukrainischen Souveränität im Donbass ein Witz bleiben! Und Schröder setzt noch einen drauf: **»Das geht nur mit einer Föderalisierung.«** Einer Föderation des künstlichen Gebildes von *Novo Rossija* mit der russischen Föderation oder der Rückkehr des Donbass in die Ukraine als autonome Region *innerhalb* des ukrainischen Staates? Welche von diesen **»Föderalisierung(en)«** er dabei im Sinn hat, sagt Schröder nicht. Der nächste Satz enthält darauf aber einen kleinen Hinweis: **»Sonst fühlen sich die Leute dort nicht sicher.«** Wenn er mit **»die Leute«** Putins **»Leute«** gemeint hat, trifft das durchaus zu! Diese werden sich um so sicherer fühlen dürfen, je weiter Putin mit seiner Salami-Taktik bei den ‚Europäern‘ vorankommt. **»In der Hinsicht gibt es in der Kiewer Regierung und beim dortigen Präsidenten Positionen, die man [?] so nicht akzeptieren kann.«** Und welche wären das? Die auf der Einhaltung der staatlichen Souveränität der Ukraine beharrenden **»Positionen«** der ukrainischen Regierung und/oder die durchaus mehr als fragwürdigen **»Positionen«** der ukrainischer Rechten, die es, wie überall in Europa, auch in der Ukraine gibt und die dort gemeinsam mit der moskautreuen Linken als faschistischer bzw. kommunistischer Popanz für Putin und seine Propagandamaschine jeweils einen guten Job machen? Diese **»Positionen«** näher zu definieren, darauf läßt sich Schröder nicht ein. Es bleibt bei Andeutungen und dem Wink

mit dem Zaunpfahl: **»Darüber könnte auch die Bundesregierung nachdenken.«** Damit es ihr nicht eines Tages genauso ergehen wird wie heute der Ukraine und dem sich offenbar allzu weit nach ‚Westen‘ hinausgelehnt habenden‘ Oligarchen Poroschenko?

Bisher hat diese Bundesregierung trotz der Kottaus des deutschen Außenministers vor dem Potentaten in Moskau und den Schleimspuren des Wirtschaftsministers bis in Putins Datscha hinein sich in ihrem Kern immer noch als ‚beratungsresistent‘ erwiesen. Das würde sich mit einer rot-rot-grünen Koalition im nächsten Jahr schlagartig ändern. Die frühere SED strebt hinter ihrer smileyfreundlichen Gorbi-Maske zurück an die Macht – und dieses Mal in ganz Restdeutschland. Ihre Machtergreifung wäre der nächste Schritt in dem von Putin angepeilten europäischem Bürgerkrieg. Dafür wird in Berlin schon mal der rot-rot-grüne Ranzen geschnürt, während drüben am Horizont die Rechten mit den Nazis auf ihre Gelegenheit lauern, ihrerseits in diesen Bürgerkrieg einzusteigen. Der nächster Zug Putins in seinem eurasischen Mühlespiel! Er braucht nur noch die Wahlen in den USA abzuwarten, dann wird Trump als Präsident der USA der nächste Trumpf in Putins Blatt sein, den er gegen ‚die Europäer‘ ausspielen kann.

Mit einer rot-rot-grünen Regierung wäre der gesamtdeutschen Bourgeoisie und Putins Rußland erneut ein großer Dienst erwiesen. Darin würden Schröders *Stamokap*-Sozialismus mit der seit 1968 sich verkleinbürgerlichenden Kulturrevolution der Grünen und dem anti-‘westlichen‘ ‚Anti‘-Kapitalismus der Post-SED-Linken zu einer großen Synthese verschmelzen und die ideologische Grundlage für Putins eurasisches Europa bildeten, das von dem neuen Plebejertum von Rechts in Schach gehalten würde. Das rot-rot-grüne Deutschland als Alternative zum Atomtod, der den ‚Europäern‘ bei Widerstand gegen Putins politische und militärische Salamtaktik angedroht wird. Nur daß dieses Mal den in Ostpreußen (in der oblast‘ Kaliningrad) aufgestellten nach Westen ausgerichteten Mittelstreckenraketen keine Pershings gegenüberstehen werden! Die modernste und als solche revolutionärste Klasse der bürgerlichen Gesellschaft wird sich vor dieser ‚glänzenden‘ Perspektive stehend (‚Lieber rot als tot!‘) überlegen müssen, ob sie Teil dieses auf den ersten Blick unlösbar erscheinenden Problems oder Teil der revolutionären Lösung sein wird!

-euk

[gepostet 20.10.2016]